

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt
für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags.
Bezugspreis monatlich Mk. 4.50, vierteljährlich 13.50
frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im
Innereuropäischen Verkehr Mk. 15.00 einschließlich Post-
befehlsgeid.

Anzeigenpreis: die einpaltige Petitzeile oder deren
Raum 50 Pfg., auswärts 60 Pfg., Reklamezeilen
1.50 Mk., bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif
Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vor-
mittags.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt: Verlag und Schriftleitung: Th. Gaf in Wildbad.

Nummer 152

Februar 179

Wildbad, Montag, den 4. Juli 1921

Februar 179

55 Jahrgang

Tagespiegel.

Der Reichstag stimmt der Erhöhung der Bezüge der Erwerbslosen und Arbeiter zu.

Der Prozeß gegen die deutschen U-Bootkommandanten Boldt und Dittmar hat nunmehr in London begonnen.

Die englischen Bergarbeiter haben mit 727 000 von 938 000 Stimmen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen.

Erzkaifer Karl wird an die Riviera übersiedeln, da er in Spanien und Griechenland keine Erlaubnis zur Einreise erhalten hat.

Weil in Grosseto ein ehemaliger Hauptmann von Kommunisten getötet wurde, veranlaßten etwa 1000 Faschisten eine Strafexpedition dorthin und töteten dabei 15 Kommunisten.

Der Friede mit Amerika.

Washington, 3. Juli. Der Senat hat die Kompromißresolution, die den Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten einerseits und Deutschland und Österreich andererseits beendet, mit 88 gegen 19 Stimmen angenommen. Damit hat der Kongreß die Kompromißresolution endgültig verabschiedet. Sie geht jetzt zur Unterzeichnung an den Präsidenten.

Der Weltkrieg wird mit der heute erfolgenden Unterzeichnung des Friedensvertrags auch formell sein Ende finden. Das, was wir unter Frieden verstehen, wird natürlich damit nicht eintreten, denn die Entente und in ihr besonders Frankreich betreibt mit dem Versailler Friedensvertrag, dem sich Amerika aus seiner bekannten Abneigung gegen den Völkerverbund — wenigstens einem solchen nach englisch-französischem Muster — nicht angeschlossen hat, ihr nun seit 3 Jahren sattem bekannnten Spiel, das darauf hinausgeht, aus dem ohnmächtigen Deutschland zu Recht oder zu Unrecht herauszuholen, was herauszuholen ist, weiter. Doch ist die Welt mit diesem Entschluß Amerikas zum Frieden mit Deutschland einen Schritt vorwärts gekommen, was zunächst ohne Zweifel auch seinen Einfluß in wirtschaftlicher Hinsicht ausüben wird, da Amerika, das, ohne die Pflichten aus dem Versailler Vertrag übernommen zu haben, dessen Rechte genießt, sich in seinen Handelsbeziehungen zu Deutschland nun entsprechend einrichten wird.

Noch ein paar Worte über die lange hinauszögernde der Friedensentscheidung durch die amerikanische Regierung. Der Grund lag in der Abneigung der Monroe-Anhänger (Amerika den Amerikanern), gegen den Völkerverbund. Die Verabschiedung des Kriegszustands zwischen uns und Amerika erscheint in diesem Lichte eher als Feindseligkeit gegen den Versailler Vertrag, den die Vereinigten Staaten nie unterschreiben werden, als gegen Deutschland.

Der Abstimmung über die Vermittlungsresolution Porter-Knox im Senat ging übrigens eine lebhafte Debatte voraus. Senator Brandegee (Republikaner) drückte in Beantwortung einer Frage die Meinung aus, daß die Verabschiedung der Resolution die Zurücknahme der amerikanischen Truppen aus Deutschland zur Folge haben werde. Senator Mc. Kellar (Demokrat) hat um Auskunft darüber, ob es nicht die Absicht der Republikaner sei, auf die Resolution den Friedensvertrag mit Deutschland folgen zu lassen, worauf Brandegee erwiderte, daß diese Absicht nicht bestehe. Der Handelsvertrag und die Annahme der Resolution würden den Frieden mit sich bringen.

Daß die Zurückziehung der amerikanischen Truppen aus dem Rheinland gar nicht im Sinne Frankreichs liegt, geht aus verschiedenen Äußerungen der Pariser Machthaber hervor, die besagen, daß eine solche Nachricht zum mindesten verfrüht sei. Auch gestern wurde im Senat d'Orsay erklärt, daß keine Meldung von einer angeblichen Zurücknahme der Truppen eingegangen sei. Man drückte im Ministerium des Auswärtigen die Hoffnung aus, daß ein solcher Schritt nicht erfolgen würde, ohne daß die Verbündeten davon benachrichtigt werden würden.

lungeresolution Porter-Knox, die den Kriegszustand mit Deutschland beendet, ist noch gestern dem Präsidenten Harding zugegangen.

Neuhort, 3. Juli. Präsident Harding beginnt sofort nach Unterzeichnung der Friedensentscheidung die Handelsvertragsverhandlungen mit Deutschland, wodurch die Schädigung deutscher Industrien durch die neue Zollvorlage gemildert werden dürfte, da der Präsident dafür weitreichende Zugeständnisse bezieht.

Die Sanktionsdebatte im Reichstag.

Der zweite Tag der Aussprache über die völksparteiliche Interpellation über die Sanktionen am Rhein stand in Beziehung auf den Ton und die ganze Stimmung nicht mehr auf der gleichen Höhe wie die des ersten Tags. Immerhin war — und das muß besonders hervorgehoben werden — der Reichstag von seiner äußeren Rechten bis zur Linken in der Beurteilung der Sanktionen einig. Man braucht gar keine schärfere Beurteilung des fortwährenden Ungerechten, das uns von den Verbundmächten zugefügt wird, zu suchen, als der Zentrumredner Well sie ausspricht. Well ist Rheinländer und umsonst hat seine Erklärung Gewicht, daß es allem französischen Mäßen nicht gelingen wird, die Treue der Rheinländer zum Reich irgendwie zu erschüttern. Er ging auf die Kundgebungen Briands ein, daß die Aufrechterhaltung der Sanktionen zum Schutze des gegenwärtigen deutschen Kabinetts notwendig sei. Er wußt sie mehr ironisch als scharf zurück und man darf wohl annehmen, daß der Reichstagsler diese Zurückweisung billigen wird, wenn er sich auch nicht über diesen Punkt äußert. Eine Regierung, so jagte der frühere Reichsminister Well, die sich etwa auf die Sanktionen stützen wollte, würde vom deutschen Volke weggejagt werden.

Ähnliche Töne, nur noch deutlicher schlug der Deutsch-nationale Dr. Reichert an; er verlangte aber auch, daß es in Bezug auf die Sanktionen nicht bei der Einigkeit des Reichstags bleibe, sondern daß diese auch den Widerhall bei der Regierung finde. Zum Schluß gab es auch noch einen Vorwurf gegen das Kabinett, das zu den Fehlern, die es schon begangen habe, nicht noch den machen solle, auf die Intrigen Briands einzugehen.

Auch der Unabhängige Dr. Breitshiedt schließt sich dem Projekte über die unerhörten Gewalttaten an und schildert die Unhaltbarkeit des gegenwärtigen Zustands für Handel, Industrie und das tägliche Leben in einem Lande, dessen deutscher Charakter von niemand in Zweifel gezogen werden könne. Der Redner ist in der Sache mit den Rednern der Rechtspartei einverstanden, bemängelte aber die Begründung, die sie der Interpellation gegeben haben. „Solange sie in nationalen Manteln die Regierung wegen ihrer Schwächen und wegen der Unterzeichnung des Ultimatus angreifen, liefern sie dem französischen Chauvinismus den Vorwand zu seinem Verhalten.“

Der Abg. Dr. Koch (D.D.P.) ging insbesondere auf die rechtliche Seite der Sanktionen ein und sagte u. a.: „Im Waffenstillstand ist nur die Besetzung der rheinischen Brückenköpfe vorgesehn. Jetzt ist die ganze Provinz als erobertes Land gemeldet worden. Die Absicht, die Rheinlande mit französischer Kultur zu durchdringen und somit für Frankreich zu erobern, wird in französischen Blättern offen zugegeben. Am gefährlichsten ist aber die systematische wirtschaftliche Durchdringung des Landes, die die Loosung der Rheinlande zum Ziele hat. Frankreich hat zu entscheiden zwischen einer Politik der Unterdrückung und Balkanisierung und einer Politik, die uns die Erfüllung unserer Verpflichtungen ermöglicht.“

In dem Schlusswort stellte der Abg. Dr. Moß (D.D.P.) die einmütige Ansicht des Reichstags fest, daß uns Unrecht geschehen ist. Auch nach der Unterschrift ist nicht einmal eine Milde eingetreten, eher eine Verschärfung. Man habe von Sklaverei gesprochen. Beamte wurden gezwungen, an Maßnahmen und Einrichtungen teilzunehmen, die sich gegen das deutsche Reich richten. Das alles ist begründet auf die bloße Furcht. Frankreich will angeblich Zollfreiheit gewähren. Das genügt nicht; die Zolllinie muß fallen. Frankreich will uns die Möglichkeit nehmen, unsere Verpflichtungen zu erfüllen, um dann Grund zu weiterem Einschreiten zu erhalten. Aber wir werden nicht wankend werden in dem festen Aushalten an Deutschlands Seite.

Damit ist eine wichtige Aussprache im Reichstag zu Ende. Sie hat gezeigt, daß auch die getrennt Marschierenden bereit sind, die französischen Barrieren vereint zu stürmen. Nur einer tanzte aus der Reihe: Höllein, der Kommunist, dem das alles ein „nationaler Hummel“ ist, aber niemand hörte ihm zu, selbst die eigene engere Gefolgschaft floh ins Freie.

Die Neuordnung des Getreidepreises.

In dem neuen Gesetz über die Neuordnung der Getreidewirtschaft wurde, wie erinnerlich, eine Art gemischten Systems eingeführt, indem bestimmt wurde, daß nur eine bestimmte Quote des jährlichen Getreideertrags im Umlageverfahren erhoben, der verbleibende Rest dagegen den Landwirten zur Bewertung im freien Handel überlassen bleiben sollte. Die Verordnung enthielt insofern eine große Lücke, als über den für das Umlagegetreide zu zahlenden Preis keine bestimmten Angaben gemacht, sondern nur ganz allgemein zum Ausdruck gebracht wurde, daß dieser Preis mit den Herstellungskosten in Einklang gebracht werden müsse. Diese Ungewißheit, die den Landwirten aus leicht begreiflichen Gründen sehr unerwünscht war, weil sie jede Kalkulation auch hinsichtlich der doch sehr häufig auf lange Zeit festzulegenden Arbeitslöhne so gut wie unmöglich machte, ist durch eine gestern im landwirtschaftlichen Ausschuss des Reichswirtschaftsrats abgegebene Regierungserklärung beseitigt worden. Es wurde mitgeteilt, daß die Mindestpreise für Roggen, die sich bisher in verschiedenen Abmischungen zwischen 1400 und 1500 Mark beliefen, auf 2100, die für Weizen von 1540 bis 1650 auf 2300, die für Hafer auf 1800 Mark erhöht werden sollen. Die Erhöhung beträgt also durchschnittlich 50 v. H. Sie ist berechnet worden auf Grund von Beratungen der sogenannten Interkommision und in Uebereinstimmung gebracht mit den zurzeit bestehenden und für die nächste Zukunft voranzusehenden Herstellungskosten. Es versteht sich von selbst, daß diese Steigerung des Brotgetreidepreises auf die Lebenskosten der Gesamtbevölkerung einen erheblichen Einfluß ausüben wird, da man mit einem zukünftigen Brotpreis von etwa 7.50 Mark rechnen müssen. Es ist auch vorauszusetzen, daß diese Erhöhung neue Lohnforderungen veranlassen wird, um so mehr als seinerzeit von der Regierung aus mit Nachdruck auf diesen Zusammenhang zwischen Brotpreis und Lohngestaltung hingewiesen worden ist. Es ist ferner zu bedenken, daß dieser Preis von 7.50 Mark nur für das aus dem Umlagegetreide gewonnene Brot gelten, und daß, da im Umlageverfahren nur 2.5 Millionen Tonnen erhoben werden sollen, die für die Versorgung der Gesamtbevölkerung keineswegs ausreichen dürften, der Preis des dem freien Handel überlassenen Getreides den Brotpreis in erheblichem Maße mitbestimmen, d. h. voraussichtlich noch weiter erhöhen muß. Es sind also nicht geringe Lasten, die der Bevölkerung auferlegt werden sollen und die auch dadurch besonders schwer empfunden werden dürften, daß sie in eine Periode gewaltiger neuer Allgemeinverpflichtungen hineinfallen. Aber die Erhöhung des Getreidepreises war notwendig, wenn anders nicht das Missverhältnis zwischen den Produktionskosten der Landwirtschaft und den von ihr erzielten Preisen sich immer weiter ausweiten und Folgen hervorrufen sollte, die letzten Endes doch nur wieder den Verbrauchern selbst zum Schaden gereichen müßten, da sie die heimische Produktion zu lähmen und uns immer mehr von der ausländischen Lebensmittelerzeugung abhängig zu machen drohten. Andererseits wird die Landwirtschaft nicht umhin können, anzuerkennen, daß ihre berechtigten Forderungen mit dieser Neuordnung des Brotpreises erfüllt sind. Gewiß wird es den einen oder den anderen Landwirt geben, der auch heute noch behauptet, daß er mit diesen Preisen nicht gewinnbringend produzieren könne und der sich vielleicht darauf beruft, daß die Indexunterlagen in diesem oder jenem Falle nicht genau den tatsächlichen Verhältnissen seines eignen Betriebes entsprächen. Stimmen dieser Art werden zweifellos laut werden, aber sie werden nicht davon zu überzeugen vermögen, daß nicht der deutschen Landwirtschaft mit der neuen Preisgestaltung die Grundlagen für ein ihr selbst und dem deutschen Volk nutzbringendes Wirtschaften gegeben seien.

Washington, 3. Juli. Die angenommene Vermitt-

Neues vom Tage.

Die Entscheidung über die Steuerfragen vertagt.

Berlin, 3. Juli. Wie die „Deutsche Allg. Zeitung“ erfährt, wird der Reichsminister anfangs der Woche im Reichstag oder Reichswirtschaftsrat über die Finanzfrage und über die ins Auge gefassten Lösungsmöglichkeiten sprechen. Es trifft nicht zu, daß das Kabinett in der Steuerfrage schon förmliche Beschlüsse gefaßt habe. Die bisherigen Besprechungen waren vorbereitender Art und bezweckten eine Klärung der Lage und eine Feststellung der Stellungnahme zu einzelnen Unterfragen. Die eigentliche Entscheidung über die Steuerfrage wird voraussichtlich während der Reichstagsferien durch die zu diesem Zweck von der Regierung vorgelegten Ausschüsse des Reichstags fallen.

Der „Volkswagen“ schreibt über dieselbe Frage: Wir haben bereits vor einigen Tagen darauf hingewiesen, daß in der Beurteilung der Steuerfrage innerhalb der Reichsregierung abweichende Ansichten bestehen; ganz besonders in dem heikelsten Problem, der Besteuerung des Vermögens, zwischen den bürgerlichen und den sozialistischen Ministern. Zu diesen parteipolitischen Gegensätzen gesellt sich ein anderer, die verschiedenartige Haltung der beiden in der Frage am meisten interessierten Ressortminister, des Reichsfinanzministers und des Reichswirtschaftsministers. Wie das Blatt erzählt, ist dem Kabinett nun vom Reichsfinanzministerium wie vom Reichswirtschaftsministerium je eine Denkschrift über die Steuerfrage zugegangen. Diese Denkschriften werden die Unterlagen für die weiteren Beratungen des Kabinetts bilden, das sich ehestens auf eine gemeinsame Formel einigen müssen. Wie die Regierung das bewerkstelligen will, das ist ihre, allerdings schwere Aufgabe, deren Erledigung man mit Spannung entgegenzusehen muß. Die vorläufig verschobene Rede Wirths vor dem Reichswirtschaftsrat wird das Dunkel vielleicht einigermaßen klären. Soweit sich beurteilen läßt, werden die Erörterungen über die Steuerfragen in den Ausschüssen den ganzen Sommer über sich hinziehen, um dann im Herbst ein Positivum zu bieten.

Zur Vorgeschichte des Kriegs.

Berlin, 3. Juli. In der letzten Juliwoche erscheinen in Berlin die ersten vier Bände der von der Reichsregierung herausgegebenen Urkunden über die Vorgeschichte des Kriegs.

Die zweite Internationale.

Berlin, 3. Juli. Der Geschäftsausschuß der zweiten Internationale tagte am 27. und 28. Juni in London. Deutschland war durch den Genossen Wels vertreten. Aus der Besprechung über die internationale Lage ergab sich hinsichtlich der „Sanktionen“, daß diese, nachdem Deutschland seinen Verpflichtungen nachgekommen ist, anzuheben müßten. Der Ausschuß kommt zu diesem Beschlusse auch aus dem Grund, weil die beteiligten Völker ihre Finanzen sonst nicht in Ordnung bringen können. Es ist auch unmöglich, die internationalen Handelsbeziehungen wieder herzustellen. Der deutsche Parteivorstand hat dem Ausschuß eine Denkschrift über die Notwendigkeit der Schaffung einer interparlamentarischen Kommission überreicht, die zu einer eingehenden im allgemeinen zustimmenden Aussprache Veranlassung gab.

Die Pariser Besprechungen unterbrochen.

Paris, 3. Juli. Die Verhandlungen zwischen den deutschen und französischen Vertretern über die Wiederherstellungen sind bis zum 1. Juli unterbrochen worden. Herr Guggenheimer ist am Freitag abend nach Berlin gefahren, um von Rathenau neue Anweisungen einzuholen. Bis jetzt hat man sich über den Verkauf der Verhandlungen auf beiden Seiten befriedigt erklärt. Ueber den Preis der deutschen Warenlieferungen hat man beschlossen, einen Ausschuß aus drei Mitgliedern einzusetzen, der aus einem Deutschen, einem Franzosen und einem Schiedsrichter zusammengesetzt ist. Letzterer soll eventuell von der Wiederherstellungskommission ernannt werden. Für die Lieferungen in Natura hat Frankreich eine Zahlungsform erachtet, die sich über sehr lange Zeit erstreckt. In Pariser Kreisen verlautet, daß die Garantiekommission in Ber-

lin unverzüglich die Extragnisse der deutschen Zolleinnahmen als Garantie für die Zahlungszahlungen verlangen wird. Dieses würde zur Folge haben, daß die Zollgrenze am Rhein automatisch wegfällt würde. Frankreich wird für seine Sicherheit zum mindesten die Befreiung von Düsseldorf aufricht erhalten. Die Frage der Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen wird sofort nach Rückkehr der deutschen Vertreter zur Sprache gebracht werden. — Nach einer Neutermeldung hat übrigens das englische Kabinett am 28. Juni den deutschen Antrag bei den Verbündeten gestellt, die Rheinlands-Sanktionen auf Württemberg aufzuheben.

Einzug der Türken in Jemid.

Konstantinopel, 3. Juli. Mittwoch gegen 12.30 Uhr zog Muhebbi Pascha, Kommandant der kemalistischen Truppen, in Jemid ein. Oberst Nazim-Bai wurde zum Stadtkommandanten ernannt. Muhebbi-Pascha erhielt sofort eine Proklamation, in der er die Sicherheit der Bevölkerung ohne Unterscheidung der Religion versichert.

Der Rückgang der französischen Einwohnerzahl.

Paris, 3. Juli. Die Veröffentlichung des Ergebnisses der letzten Volkszählung vom 6. März hat zur Folge, daß die Zahl der Abgeordneten zur Kammer, wie das „Journal“ feststellt, von 626 auf 530 herabgesetzt wird.

Reichstag.

Berlin, 2. Juli.

In der Samstagssitzung des Reichstags wurde eine kommunistisch-unabhängige Interpellation über die Aufhebung der Schwerkriegsbeschädigtenazette auf den vorgeschriebenen Instanzenweg verwiesen.

Sodann wurden mehrere kleine Gesetze erledigt oder auch an Ausschüsse verwiesen. Einen größeren Raum nahm die Beratung der Interpellationen Imbusch (B.) und Rosemann (USP.) ein. Imbusch begründete die Interpellation und sprach im Namen seiner Fraktion den von dem Grubenunglück Betroffenen das herzlichste Mitgefühl aus. Er schilderte dann die Katastrophe in ihren Einzelheiten. Die Ursache ist die Ansammlung von Grubengasen.

Arbeitsminister Brannß stellte die tiefe Erschütterung des deutschen Volks über die Katastrophe von Mont Cenis fest. Er warf dann die Hauptfrage auf, ob die Betriebsleute ihrer Pflicht nachgekommen sind und ob die Bestimmungen über diese Räte ausreichen. Die Regierung setze auf dem Standpunkt, die Rechte des Betriebsrats im Sinne einer Verhütung von Unfällen zu erweitern und ihnen den Eigentümern gegenüber erhöhte Vollmachten zuzuerkennen.

Bei der Besprechung der Interpellation schildert Abg. Koch (D.natl.Bp.) die Tätigkeit des Untersuchungsausschusses, der nichts habe feststellen können.

Abg. Winnefeld (D.Bp.) hält den Bericht des Abg. Imbusch für durchaus objektiv.

Wirtschaftlicher Wechsellärblick.

Geldmarkt. Es ist kein Halt mit unserer Valuta. Sie geht langsam, aber beständig zurück. Unsere Reichsschatzschne wollen die Amerikaner schon gar nicht mehr nehmen. Unsere wirtschaftliche Lage stellt sich, im Spiegel der deutschen Börsen betrachtet, als glänzend, aber an der Bewertung unseres Geldes im Ausland gemessen, als kümmerlich dar. Am 1. Juli notierten 100 deutsche Mark in Zürich 7.90, am 24. Juni noch 8.25 Franken; in Amsterdam 4.07 (4.21) Gulden; in Kopenhagen 8.10 (8.40), in Stockholm 6.15 (6.35) Kronen; in Wien 997 (960) Kronen, in London 2.79 (2.68%) Schilling; in Newyork 1.34 (1.37) Dollar und in Paris 16 fünf Achtel (17 drei Achtel) Franken.

Börse. Die feste Tendenz der deutschen Börsenplätze erhält sich unvermindert. Wenn man so sieht, wie die Kurse ständig in die Höhe gehen, versteht man auch, weshalb der Wirtschaftspolitiker resigniert alle Hoffnungen auf einen Preisabbau in diesem Sommer bearbeitet und sich eher wieder auf eine Verteuerung ge-

faßt macht. Zweifellos hat sich der deutsche Innenmarkt aufs neue etwas belebt. Auch die Konkurrenz des Auslands ist bei dem fortwährenden Rückgang der deutschen Valuta etwas geringer geworden. Die Abschlässe der Großbanken, die jetzt auch in den Geschäftsberichten vorliegen, zeigen geradezu gigantische Gewinnziffern und geben auch Hinweise auf Umsatze im laufenden Jahr. Das alles, gemischt mit einem kaum verständlichen politischen Optimismus, treibt die Spekulation wieder scharenweise zu stürmischen Käufen, die auch durch keinerlei Steuerbeschwerden gehemmt sind. In Württemberg sind immer noch die Textilwerte bevorzugt, daneben die Aktien einiger Werke der sogenannten Beredungsindustrie, die die Halbfabrikate der Großindustrie zu chirurgischen Instrumenten, Uhren und dergl. verarbeitet. Die jungen Daimler-Aktien sind trotz der Klagen im letzten Geschäftsbericht bereits wieder auf 200 gestiegen. Nur der Anlagemarkt ist ruhig und behauptet: Reichsschatzschne 99, Kriegsanleihe 77.35, aber 4proz. Württemberg 79 (— 1/2 Prozent).

Produktenmarkt. Dieselben Voraussetzungen, die die feste Tendenz der deutschen Produzentenmärkte vor 14 Tagen bestimmten, gelten auch von der abgelassenen Berichtswoche. Am 1. Juli notierten in Berlin Viktorierbisen 150-167 (+ 5), Futtererbsen 128-155 (+ 15-25), Raps neuer Ernte 250-262 (+ 5-7), alter Ernte 245-255 (+ 10), Weinfahrt 230-260 (+ 10), Weizenheu 28-36 (+ 7), Stroh 18 1/2-20 (unverändert) Mark.

Warenmarkt. Die Kohlenknappheit vermindert sich andauernd, aber die Preise verfolgen eine steigende Tendenz, insofern als die Kohlensteuer nahe bevorsteht. Dagegen macht der Hoheisenverband mit der Ermäßigung für Stahl und Spiegeleisen ernst, wenn auch die Auffassung besteht, daß bald wieder eine Erhöhung eintritt. In den Kalkpreisen droht eine neue Steigerung. Zinkblech ist um 50 Mark für den Doppelzentner gestiegen. Rohhäute und Leder ziehen weiter im Preis an. Ungewaschene Wolle kostet zur Zeit 900-1000 M. der Zentner. Butter und Eier sind teurer geworden, das Brot wird bald nachfolgen.

Württemberg.

Stuttgart, 3. Juli. (Vom Landtag.) Nach dem „Staatsanzeiger“ werden die Sitzungen des Landtags am Montag, den 11. Juli, wieder aufgenommen.

Stuttgart, 3. Juli. (Der städt. Hauptvoranschlag für 1921.) Der städt. Voranschlag liegt nun vor. Er zeigt eine weitere Aufwärtsbewegung der Ausgabenwirtschaft, in der das Fortschreiten der Minderung der Kaufkraft des Geldes (Erhöhung der Gehälter und Löhne, Verteuerung der Warenpreise) den zahlenmäßigen Ausdruck findet. Die Jahresausgaben betragen 416 Millionen M. Das Fortschreiten des Abbaus des Lebensmittelpreises äußert sich in der Verringerung seines Zuschusses um 1,8 Mill. M. Mehrtragnummern sind in Rechnung gestellt bei der Reichsumsatzsteuer 1,6 Mill. M., Vergütungssteuer 1,2 Mill. M., Fremdenwohnsteuer 183.000 M. Durch den starken Zuwachs beim Gewerbesteuerkapital von 220 Mill. M. auf 255 Millionen M. war es möglich, den Haushalt für 1921 im Gleichgewicht zu halten unter Beibehaltung des vorjährigen Umlagefußes von 27 Prozent.

Parteitag. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei wird, wie nunmehr endgültig festgestellt ist, am 14. und 15. Oktober in Stuttgart stattfinden. Am 12. und 13. Oktober gehen die Sitzungen des geschäftsführenden Ausschusses und des Zentralvorstands voraus. Mit der Tagung von Sonderanschlüssen wird der Parteitag am 16. Oktober seinen Abschluß finden.

Baihingen a. E., 3. Juli. (Um das Elektrizitätswerk.) Der Gemeinderat behandelte in Anwesenheit von Ministerialrat Dr. Michel, Dipl.-Ing. Fleischer vom Landesgewerkeamt und Bauat Oberhardt die Frage des Beitritts der hiesigen Gemeinde zum Gemeindevorband Enzberg und die damit verbundene Abtretung des Kauf- und Vorkaufrechts der Stadt am hiesigen Elektrizitätswerk zum Zweck der Zusammenlegung der Wasserkraft des Hofweg und Baihingen. Der Gemeinderat beschloß, eine Bürgerversammlung einzuberufen, in der die Sache erörtert werden soll.

Viola.

Roman aus dem Leben von Georg v. Platten.

71) (Nachdruck verboten.)

„Lieber Vater, liebe Mutter,“ sagte nun Hedwig, „ich kann diesen Druck von Euch nehmen. Auch in unseren Verhältnissen hat sich ein Wechsel vollzogen, und das war, außer meiner Verehrung für Julius, die ich jetzt schon wirklich lieben kann, mitbestimmend, daß ich keine Hand nicht auch zum drittenmale ausschlag. Euer Einkommen hat sich im Jahr um 3000 Mark vermehrt.“

„Was sprichst Du, was redest Du, Kind?“ fragten wie aus einem Munde Papa und Mama.

„Es ist die Wahrheit,“ sagte Hedwig lächelnd, aber bestimmt.

„Du träumst, Kind. Woher sollte uns diese Rente kommen?“ meinte der Vater.

„Dem Engel der Weihnacht.“

„Du träumst, Kind, oder scherzest,“ sprach die Mutter.

„Nicht doch, Mama. Kennt Ihr den Engel?“

„Nun rate ich alles. Graf Rzewitz...?“ rief Mathilde.

„Nein, eine Erbschaft bei Lebzeiten. Ich mußte sie annehmen, sonst hätte ich ihn beleidigt, und ich muß ihm doch so dankbar sein,“ rief Hedwig und erzählte den Eltern alles.

„Wo ist der Graf?“ fragte der Professor, „daß wir ihm danken.“

„D, er ist sicher wie alle Engel, sobald er sein Werk getan, verschwunden,“ meinte Hedwig.

In demselben Augenblicke aber öffnete sich die Tür

des Saales, und Graf Rzewitz erschien in demselben, ihm zur Seite Doktor Eiben.

„Doktor Eiben!“ riefen Hedwig und Mathilde gleichzeitig. Der Hausherr aber beugte sich, seinem Haus-

arzte entgegenzugehen und ihn zu bewillkommen.

„Ah, endlich sind Sie da, gerade rechtzeitig zur Tafel. Das Schönste freilich haben Sie verpasst, lieber Doktor. Sehen Sie dort unser glückliches Brautpaar!“

„Da muß ich mich freilich beugen, meine Glückwünsche anzubringen,“ sagte Dr. Eiben. „Doch erst müssen Sie mich der werten Gesellschaft vorstellen, Herr Kommerzienrat!“

Das war bald geschehen. Dann wandte sich Dr. Eiben der Familie Dr. Wallig zu. Sein Glückwunsch lautete herzlich, sein Auge haßte auf der Gestalt Mathildens. Sie sah fast so aus, wie an jenem Abende, da er sie zum erstenmale gesehen. Die paar Jahre, die so schicksalsschwer über sie dahingegangen, hatten sie nicht viel verändert. Sie war nach wie vor, wenn er im Saale Umschau hielt, unstreitig das schönste Mädchen. Er hatte ihr ein paar freundliche Worte gesagt, als er sie begrüßte. Doch jetzt nahm ihn der Professor in Anspruch, der ihm mitteilen mußte, wie wohl er sich in letzter Zeit fühlte, und diese Kunde verbreiterte freudigen Sonnenschein über das edle Gesicht des Doktors, der doppelt freundlich und gewinnend ausfas, wenn er heiterer Stimmung war.

Auf einmal fühlte er einen Arm in den seinen geschlungen. Sich umwendend, erkannte er den Grafen Rzewitz.

„Auf ein Wort, lieber Doktor!“

Und sie gingen beide in eine der bekannten großen Gesellschaften, die eine so bedeutsame Rolle in seiner, Hedwigs, Mathildens, des Assessors und des unglücklichen Leutnants Geschichte gespielt hatten. Sollte sich jetzt wieder eine solche Szene abspielen?

„Freund Doktor,“ sagte der Graf, „wissen Sie, was ich heute abend für ein Geschenk vom Christkind erhalten?“

„Nein, wie sollte ich es wissen?“

„Nun, denken Sie sich: die Statue des Weihnachtsengels. Schauen Sie dieselbe dort unter dem Weihnachtsbaum.“

„Da! Da! vorzüglich, lieber Herr Graf, Sie sind ein Engel! Wenn Sie wüßten, wie Ihnen meine armen Kranken dankbar sind, die ich Ihrer Günst empfohlen.“

„Das freut mich. Aber dieses Geschenk legt mir auch die Pflicht auf, des Engelamtes fardherin zu walten, und ich möchte sie auch an Ihnen erfüllen.“

„Bitte, Herr Graf, lassen Sie sich durch nichts hindern,“ erwiderte lächelnd der Doktor.

„Nun, Sie wissen schon, worauf ich lossteuere. Haben Sie sich schon überlegt?“

Der Doktor ward verlegen. Aber aufrichtig, wie er von Natur war, streckte er dem Grafen die Rechte hin und sagte: „Ja, und ich wäre zu einem Entschlusse gekommen, wenn ich wüßte, ob sie mich denn wirklich liebt, ob sie nicht zurückdenkt an ihn, der zwar unrecht, sehr unrecht an ihr getan, den sie aber geliebt hat, mehr geliebt hat, als mich. Sie sehen, lieber Graf, ich bin offen, Ihnen gegenüber muß ich es sein. Sie haben für mich und meine Kranken stets eine offene Hand, so soll Ihnen mein Herz offen sein.“

(Fortsetzung folgt.)

Humor und Satire.

Ein Witwer, der kürzlich zum dritten Male heiratete und dessen Brant selbst schon zweimal verheiratet gewesen war, schrieb unter die Einladungen zur Hochzeit: „Kommt auf jeden Fall, dies ist keine Dilettanten-Vorstellung.“

Herrenberg, 3. Juli. (Goldene Hochzeit.) Meßknecht Dr. Hartmann konnte mit seiner Gemahlin das Fest der goldenen Hochzeit feiern. Stadtparoch a. D. Wele von Waiblingen, der das Paar vor 50 Jahren getraut hatte, war es vergönnt, das Paar auch im goldenen Kranze trauen zu dürfen. Die Oberkirchenbehörde und der Staatspräsident ließen Glückwünsche übermitteln.

Füßingen, 3. Juli. (Jugendliche Brandstifterin.) Die 16 Jahre alte Luise Böhner von Mötzingen, Olt. Herrenberg, sahte das Haus des Bauern Dalser in Bondorf, bei dem sie in Dienst war, in Brand. Das Anwesen brannte nieder. Bei der ersten Vernehmung gab sie an, sie habe es aus Heimgeschick getan. Vor der Strafammer leugnete sie. Das Gericht erkannte mit Rücksicht auf ihr jugendliches Alter auf eine Gefängnisstrafe von 8 Monaten.

Friedrichshafen, 3. Juli. (Verhüttete Schmugglergesellschaft.) Ein Dienstmädchen, das früher mehrere Jahre bei einer hiesigen Familie in Stellung war, wurde dieser Tage von Jolkowätern angehalten, als sie nach der Schweiz zurückkehren wollte. Das Mädchen war in Arzeneimittelhandlungen als Helfershelferin tätig. Von den Zollbehörden wurden laut „Sechblatt“ Apotheker Ummenhöfer-Stuttgart, Frau Reuner-Stuttgart und zwei Personen aus St. Gallen in Haft genommen.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 3. Juli.

In der letzten Sitzung beschäftigte sich der Bad. Landtag mit dem wichtigen Gesetzentwurf über die Landeselektrizitätsversorgung. Durch das Gesetz wird das Staatsministerium zur Gründung einer Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von 30 Millionen M. ermächtigt. Sämtliche Aktien gehen in den Besitz des Staates über. Die von der staatlichen Elektrizitätsversorgung Baden erstellten Anlagen werden an die Aktiengesellschaft verkauft; für die von dieser ausgehenden Obligationen bis zum Betrage von 500 Millionen M. übernimmt der Staat die Bürgschaft.

Aus dem Bericht des Haushaltsausschusses geht hervor, daß für die Oberrhein-Kraftwerke eine Schlussee-Talsperre, für die Neckar-Kraftwerke ein Großdampfwerk in Mannheim errichtet werden und das Murgtalwerk einen zweiten Ausbau erhält.

Der Ausschuss erklärte sich einstimmig für die vom Arbeitsministerium ausgearbeitete Vorlage.

In der Abstimmung wurden die Gesetzentwürfe über die Landeselektrizitätsversorgung und den Verkauf des Murgtalwerkes an die Aktiengesellschaft gegen die 3 Stimmen der Deutschnationalen angenommen.

In der Nachmittags-Sitzung berichtete Abg. Dr. Gothein (D.D.P.) über den Gesetzentwurf betreffend die Neckar-Altiengesellschaft. Baden beteiligt sich demgemäß an der Neckar-Altiengesellschaft in Stuttgart durch Zeichnung von Aktien im Nennwert von 17½ Millionen. Mit dem Deutschen Reich, Württemberg und Hessen übernimmt Baden für die Anteile der Gesellschaft bis zum Höchstbetrage von 600 Millionen Mark die gemein schuldnerische Bürgschaft gegen Rückbürgschaft des Reichs und Württembergs. Das Gesetz tritt am 1. Juli in Kraft.

Der Ausschuss empfiehlt die Annahme einer Entschädigung, wonach eine stärkere Vertretung der Landwirtschaft, des Handwerks, der Angehörigen und Arbeiter im Aufsichtsrat verlangt wird.

Arbeitsminister Engler versprach, diese Wünsche bei den Verhandlungen vertreten zu wollen.

Das Gesetz wurde in 1. und 2. Lesung ohne Aussprache angenommen und als dringlich erklärt.

Baden.

Karlsruhe, 3. Juli. Im Rahmen der Karlsruher Herbstwoche findet auch eine Badische Möbelschau statt, die vom 23. September bis 6. Oktober dauert und vom Verband der Holzindustrie und dem badischen Kunstgewerbeverein veranstaltet wird.

Vörrach, 3. Juli. In der letzten Woche wurde in Vörrach auf dem Hofe der Expeditionärsfirma Helmuth u. Co. ein Möbelwagen in Brand gesetzt und vollkommen vernichtet.

Mündelwangen (Amt Donauwörth), 3. Juli. Während sämtliche Hausgenossen dem Gottesdienste anwohnten, schlug der Blitz in das Anwesen der Witwe Popp. Das Gebäude brannte vollständig nieder; das Vieh wurde von Nachbarn gerettet, während von dem Hausrat nichts geborgen werden konnte.

Konstanz, 3. Juli. Im 62. Lebensjahr ist der Grund- und Fiskuskommissar auf Gottmadingen und Heilsberg, Graf Friedrich Douglas gestorben.

Konstanz, 3. Juli. Um den Posten des Direktors am hiesigen Stadttheater haben sich bis jetzt 70 Bewerber gemeldet.

Vom Bodensee, 3. Juli. Von Straßburg aus werden zurzeit die Pfarrhäuser der Bodenseeregion wieder geradezu überschwemmt mit Angeboten von französischen Weinen. Die sämtlichen katholischen Pfarrer haben die Angebote empört abgewiesen und den Anbietern den guten Rat gegeben, ihre Weine selber zu trinken.

Handel und Verkehr.

Mannheim, 3. Juli. (Kleinviehmarkt.) Zum letzten Donnerstag-Kleinviehmarkt waren zugeführt und wurden für den feinsten Lebendgewicht gehandelt: 85 Kälber 550-750 M., 51 Schafe 300 bis 500 M., 37 Schweine 900-1175 M., 822 Ferkel 100-400 M. das Stück. Der Handel war bei allen Vieharten ruhig. Bei Kälbern wurde der Auftrieb abgesetzt, bei Schweinen blieb Ueberstand.

Stuttgart, 4. Juli. (Schweinefleischpreissteigerung.) Der Schweinefleischpreis wird von 14 auf 15 Mark das Pfund erhöht, da die Schweinepreise auf dem Schlachtviehmarkt neuerdings anjagen.

Vom Bayerischen Ries, 3. Juli. (Viehpreise.) Auf dem letzten Riedlinger Viehmarkt sind die Preise erheblich zurückgegangen. Der Markt war stark beschickt, was in dem geringen Ausfall der Heuernte in den meisten dieser Gemeinden begründet ist. Es wurden bezahlt: für Stiere 3400 M., Bullen 4400 M., Kühe 2300 M., Kälber 2250-2310 M.

Aus der Schuhindustrie. Aus Pirmasens wird geschrieben: Die Verkaufsmöglichkeit für Schuhwaren ist im allgemeinen gut. Die jetzt zollfreie Ausfuhr von Schuhwaren aus der Pfalz hat die Industrie stark belebt. Gegenwärtig ist man mit der Fabrikation für den Herbstmarkt stark beschäftigt, vornehmlich in der Herstellung von Schwarzware. Nach besseren Qualitäten besteht lebhaft Nachfrage; es werden im Einzelverkauf Preise von 150-300 Mark bezahlt.

Geislingen, 1. Juli. (Schweinemarkt.) Dem Schweinemarkt waren 41 Stück Milchschweine zugeführt, die um 700-1000 Mark das Paar verkauft wurden.

Laubheim, 1. Juli. (Marktfreiheit.) Vom nächsten Dienstag an dürfen wieder regelmäßig Vieh- und Schweinmärkte, die wegen der Seuche vorübergehend gesperrt waren, abgehalten werden.

Vermischtes.

Beleidigung des Reichspräsidenten. Die Strafkammer in Stade verurteilte den Redakteur Baum jun. von der „Lohstedter Zeitung“ wegen Beleidigung des Reichspräsidenten zu fünf Monaten Gefängnis. Das Blatt behauptete in einer Reihe von Artikeln u. a., der Reichspräsident habe sich zur Zeit der größten Lebensnot besondere amtliche Zuwendungen von rationierteren Lebensmitteln verschafft und üppig gefeßt. Die von dem Angeklagten versuchte Beweisführung ist völlig mißlungen.

Verhaftung einer Häscherverbande. In Wien hat die Polizei mehrere Mitglieder einer Bande von Banknotenfälschern verhaftet, der es gelungen war, bei mehreren Wiener Banken sehr gelungene Fälschungen tschechoslowakischer 500 Kronen-Noten im Betrag von 600 000 Kronen unterzubringen.

Deutsche Schiffe seit. In London wurde bekanntgegeben, daß die noch nicht verkauften deutschen Schiffe jetzt für britische Untertanen und Untertanen aller anderen Nationen veräußert sind. Die „Times“ erklärt, daß der Dampfer „Dirpy“, eines der größten und neuesten vormals deutschen Schiffe, jetzt von einer führenden britischen Gesellschaft angekauft wurde.

Ministerpensionen. Zu den in der Presse erschienenen Artikeln über „Ministerpensionen“ veröffentlicht die Demokratische Pressekorrespondenz eine Erklärung des früheren Vizelandtagspräsidenten. „In den Presseausinandersetzungen über Ministerpensionen figuriere auch ich mit einer Pension. Ich bitte, dazu einige Worte bemerken zu dürfen. Als ich im November 1917 in den Reichsdienst berufen wurde, hatte ich meine Rechtsanwaltspraxis aufgegeben, war dagegen im Besitz einer Reihe von Vertrauensstellungen, die mir ein meine Bedürfnisse übersteigendes Einkommen sicherten. Ich habe sie sämtlich mit meinem Eintritt niedergelegt. Dagegen wurde mir an der Hand der Vorschriften des Reichsbeamtengesetzes in der allgemein üblichen Weise für den Fall meiner Pensionierung die Anrechnung meiner Anwaltsdienstjahre in Aussicht gestellt und nach meinem Rücktritt im November 1918 auch vom Bundesrat beschlossen. Meine früheren Stellungen habe ich, da sie mittlerweile besetzt waren, nur zum Teil wieder erhalten. Den größeren Teil meines aus ihnen fließenden Einkommens habe ich verloren. Neue erhält man als Einziger nicht mehr. Als württembergischer Anwalt, der ein Menschenalter hindurch Reichstagsabgeordneter war, wozu 25 Jahre diätenlos, habe ich keine Schätze ansammeln können, die es mir heutzutage ermöglichen, von ihren Erträgnissen zu leben. Man kann bei dieser Sachlage billigerweise von mir einen Verzicht auf die Pension nicht erwarten. Meine Pension bietet mir keinen vollen Ersatz für meinen Verzicht von 1917. Trotzdem werde ich angesichts unserer Finanzlage als billig begrüßen, wenn die seit mehr als 2 Jahren angefordigte Bestimmung kommt, die die Anrechnung eines Teils der Nebenbezüge auf die Pensionen in Aussicht nimmt.“

„Ca eruregeln“ für den Juli. Von Gevittern erwartet der Bauer segensreiche Wirkungen für das Gedeihen der Saat: Dem Sommer sind Donnerwetter nicht schande, sie nähren der Luft und dem Land! Wenn sich um die Sonne oder den Mond Ringbildungen zeigen, so sagt der Bauer, daß sie schlechtes Wetter künden: Gibt Ring oder Hof sich Sonn oder Mond, bald Regen und Wind uns nicht versont! Und wenn sich viel Höhenrauch zeigt, so soll dies einen strengen Winter zur Folge haben: Sommers Höhenrauch in Menge, ist Vorbote großer Winterstrenge! Die heißeste Zeit des Jahres fällt bekanntlich mit ihrem ersten Drittel noch in den Juli; es sind dies die wohlbekanntesten Hundstage. Von ihnen hofft der Bauer, daß sie Sonnenschein bringen: Hundstage hell und klar, deuten auf ein gutes Jahr; werden sie Regen begleitet, kommen nicht die besten Zeiten! Der Name Hundstage kommt davon her, daß der Beginn dieser Zeit durch den Aufgang des Hundsternes oder Sirius bestimmt wird.

Verwendung von Dienstmarken. Die dem Reichsarbeitsminister unterstellten Versorgungsbehörden (Hauptversorgungsämter, Versorgungsämter, Pensionsregelungsbehörden, Versorgungs- und Beobachtungsstellen, Krankenhäuser und Versorgungsstellen) sind befugt, ihren an Kommunalbehörden und an Einzelpersonen gerichteten Schreiben Briefumschläge beizufügen, die zur Vermeidung bei der Rücksendung mit Dienstmarken freigemacht und mit dem amtlichen Stempel bedruckt sind.

— 1,5 Milliarden für Lokomotiven und Wagen.

In den Nachtragsetat des Reichsverkehrsministeriums ist für außergewöhnliche Beschaffung von Lokomotiven und Wagen ein Betrag von 1,5 Milliarden Mark eingestellt worden, die im Rechnungsjahr 1921 verausgabt werden sollen. Veranschlagt ist die Beschaffung von 550 Lokomotiven, 1000 Personenwagen, 200 Gepäckwagen und 15 000 Güterwagen im Gesamtwert von 1900 Millionen Mark.

Umanerkennung der Kriegsbeschädigten. Man schreibt uns: In dem Bericht über eine Reichsverbandversammlung wird von der systematischen „Verschleppungstaktik“ des Hauptversorgungsamts bei den Umanerkennung gesprochen. Das Hauptversorgungsamt weist diesen unerhörten Vorwurf auf das entschiedenste zurück. Alle vom Hauptversorgungsamt getroffenen Maßnahmen bezwecken einzig und allein die rasche und reibungslose Durchführung des Reichsversorgungsgesetzes. Zur Regelung der Umanerkennung war es unbedingt nötig, vorläufig die Zahl der monatlich von den Versorgungsämtern vorzuliegenden Umanerkennungsakten auf 1000 festzusetzen. Eine größere Zahl konnte nicht erledigt werden. Diese Zahl erhöht sich ohne weiteres, sobald die Bestimmungen des Hauptversorgungsamts zu den erstmaligen Festsetzungen fortfallen und das Personal nach besserer Einarbeitung von Monat zu Monat mehr leistet. Den berechtigten Wünschen der Kriegsbeschädigten ist Rechnung getragen.

Reiche Heidelbeerernte in Sicht. Aus allen Heidelbeerorten laufen Nachrichten ein, daß die Heidelbeerernte außerordentlich gut zu werden verspricht. Die Wälder sind zum Teil so mit Beeren behangen, daß es fast nicht möglich sein wird, alle zu ernten. Besonders günstig lauten die Meldungen aus dem Odenwald, dem Spessart, dem Hunsrück und Taunus. Im Schwarzwald rechnet man mit einer Mittelenernte.

Sanktionen.

In den „Leipz. N. N.“ gibt Alexander Neupert in der nachfolgenden netten Blauberei eine neue Erklärung über die Bedeutung des Wortes „Sanktionen“:

Sonntag mittag auf meinem Vorortbahnhof. Der Zug fährt ein, hält: Ich schwinde mich eiligst in die 4. Wagenklasse und weiter geht's zur Stadt. Männlein und Weiblein stehen dicht gedrängt. Wenige „glücklich Stuhnde“, benetzt von den „Stößen“, insbesondere mir, einem schon ermüdeten Kleingärtner, der schunförmig, aber vergeblich nach einer Sitzgelegenheit umhau hält. Ein hunger Mann schaut von seiner Zeitung auf, er rückt seiner schönen Nachbarin näher und macht mir freudlich Platz. Ich sehe mich, und wir kommen ins Gespräch:

Jch: „Was gibt's Neues?“

Er, in die Zeitung vertieft: „Nichts als Sanktionen.“

Jch: „Warum brauchen Sie das Wort „Sanktionen“, diese scheinheilige Lüge unserer Feinde, welche damit ihre Vergewaltigungen zu einem Akt göttlicher Gerechtigkeit machen und ihnen einen Heiligschein geben. Lassen Sie uns das Kind beim richtigen Namen nennen und sagen wir: „Erpressungen!“

Er: „Warum? Ihr Grund leuchtet mir nicht ein.“

Jch: „Wissen Sie, was Sanktionen heißt, und welcher Sprache es entnommen ist?“

Er: „Jawohl“, war die prompte Antwort, „nach meinem Wörterbuch heißt es Zusicherungen und ist griechischen Ursprungs.“

„Weit gefehlt“, erwiderte ich. „Ihre Uebersetzung „Zusicherungen“ deckt den Begriff durchaus nicht. Dieses Fremdwort ist nicht griechisch sondern lateinisch. In der lateinischen Sprache heißt das Wort: sancto — Stammform sanctus heilig — und deutete ursprünglich: Heiligung, dann heilige Verordnung und im weiteren Sinne Strafartikel, Klausel in feierlicher, ich möchte sagen — heiliger Form.“

Mein junger Freund, kritisch veranlagt und nicht geneigt, sich mit dem Wissen seines Fremdwörterbuchs dem seines zufälligen Nachbarn vierter Klasse zu unterwerfen: „Warum Heiligungen, was hat Sanktionen mit dem Begriff heilig zu tun?“

Jch: „Lassen Sie bitte auf! Schon den alten Römern war das gegebene Wort, ein Versprechen zu halten, heilig, das heiligste ein Vertrag, das schriftliche Versprechen in zweifeltiger Form. Verträge, die gebrochen wurden, mußten geheilt werden, denn der Vertrag war ja heilig. Und zur Heilung eines gebrochenen Vertrags bediente man sich Zwangsmittel, errichtete Strafbestimmungen. Zwangsmittel aber in besonders feierlicher, der Heiligkeit und Wichtigkeit des Vertrags angemessener Form nannte man Sanktionen.“

Er: „Sie haben recht. Das Wort Sanct kommt ja abetall vor, wie z. B. Sanct Moriz ufo. und heißt immer heilig. Ja, aber was haben denn die Sanktionen von Versailles mit dem Begriff „heilig“ zu tun?“

Jch: „Sehen Sie, das ist die große Welt-Lüge unserer Feinde. Mit frommem Augenaufschlag hängt der Verbrecherkonzern von Versailles seinem Verbrechensinstrument ein heiliges Mantelchen um, damit das Teufelswerk von Räuber- und Erpresserwitz in den Augen der zivilisierten Welt als ein Akt göttlicher Gerechtigkeit erscheine.“

Ein ganz kleines Gesichtchen. Zumitten des rasenden Seesurms trieb ein Boot, in das sich die beiden einzigen Ueberlebenden des Schiffsbruchs gerettet hatten.

„Um Gotteswillen, das Boot leet!“ schrie der Eine. „Schöpfen Sie mit den Händen das Wasser heraus, indes ich rudere! Wenn wir nicht beide alle Kräfte anspannen, sind wir verloren!“ Der andere zog eilends die Lade aus, um leichter schöpfen zu können, dabei fiel ihm ein Zeitungsblatt aus der Rocktasche.

„Was, dieses Sankt-att lesen Sie? Sie sind wohl einer von den Rechtsstehenden?“

„Und Sie Hammet, Sie stehen am Ende links?“ Sie schuft, Sie verbrennen, Sie . . .“

„Ihre verfluchte Partei ist an dem ganzen Schiffbruch schuld! Wenn Ihr nicht gewesen wäret, dann —“

„Im Gegenteil: Ihr elenden Hallunken, Euch haben wir es zu verdanken, daß . . .“

Bums, hieb der eine dem andern das Ruder auf den Kopf. Krach, stieß der andere dem einen das Messer in die Schulter. Bunt kippte das Boot um und beide ertranken. — Brauche ich noch etwas zu erwähnen, daß es zwei Deutsche waren? —

Karlchen in der „Jugend“.

Neues Eherecht in Japan. Dem japanischen Parlament ist ein bedauerlicher Gesetzentwurf zugegangen, der eine vollständige Neuordnung des japanischen Eherechts nach neuzeitlichen Grundsätzen bringen soll. Die untergeordnete Stellung der Ehefrau wird darnach durch eine vollständige Gleichberechtigung ersetzt. Neu wird die Bestimmung sein, daß die Ehegatten sich an ein eigenes Gericht wenden können, wenn sie über irgendeines der ihnen zustehenden Rechte sich nicht zu einigen vermögen.

Mutmaßliches Wetter.

Die flachen Luftsteinstörungen werden durch den zunehmenden Hochdruck wieder ausgefüllt und damit die Ursache der Störungen beseitigt. Am Dienstag ist trockenes und warmes Wetter zu erwarten.

Lokales.

— Der Goldpreis in dieser Woche, der durch die Reichsbank und Post bezahlt wird, beträgt 310 M.

Stadtgemeinde Wildbad.

Brennholz- bzw. Nutzholz-Verkauf

am Donnerstag, den 7. Juli 1921
vorm. 11 Uhr

auf dem Rathaus im öffentlichen Aufstreich gegen Barzahlung aus

Stadtwald IV an der Linie Abteilung 7 Steinweg am vorderen Weg:

Nr. 1, 4, 8, 14, 23, 26 14 Nm. Prügel I. Kl. (Papierholz),

Stadtwald I Meißlern Abt. 6 Riesenstein

28 Nm. eichene Prügel II. Kl.

Abt. 7 Altfestig Nr. 89

1 Nm. eichene Prügel,

Stadtwald III Sommerberg Abt. 17 Fünf Bäume

12 Nm. eichene Prügel II. Kl.

2 Nm. eichene Spälter.

Wildbad, den 4. Juli 1921.

Stadtpflege.

Bekanntmachung.

Am Eingang des alten Friedhofs lagern verschiedene ältere, zum Teil

namenslose Grabsteine.

Etwaige rechtmäßige Ansprüche an die Grabsteine sind binnen 8 Tagen beim Friedhofsaufseher und Totengräber Niezinger geltend zu machen und nach Feststellung des Anspruchsrechts bis spätestens

15. Juli 1921

zu entfernen.

Nach fruchtlosem Ablauf dieser Frist fallen die Grabsteine gemäß der Friedhofordnung der Stadtgemeinde als Eigentum zu, welche dann über dieselben verfügen wird.

Wildbad, den 4. Juli 1921.

Städt. Friedhofverwaltung.

Todesanzeige.

Heute morgen 8 Uhr verschied meine liebe Tochter, unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Erwine Kröner

Professors Ww.

C. F. Pfeiffer

u. Familie

Dekan Kröner

u. Familie

Beerdigung am 5. Juli 6 Uhr nachmittags.

Echte Bernstein-Kette billig zu verkaufen!

Anzusehen in der Tagblatt-Geschäftsstelle.

Laden gesucht!

Mittelgroßer Laden mit oder ohne Nebenräume per sofort oder später gesucht.

Angebote an die Tagblatt-Geschäftsstelle unter Nr. 147 erbeten.

für ein Zwanzigmarkstück, 155 M. für ein Bechmarkstück. Für ein Kilo Feingold zahlt die Reichsbank 43.500 M. und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

— **Einkommensteuerverpflichtung für Ueberstundenvergütung.** Nach einem Erlaß des Reichsfinanzministers können die für Ueberstunden gewährten Vergütungen vom Steuerabzug freigelassen werden. Nichtsdestoweniger sind sie der Einkommensteuer unterworfen und müssen bei der endgültigen Veranlagung zu dieser berücksichtigt werden.

— **Ausverkaufte Ferienüberzüge.** Die Plätze für die ersten von Berlin nach Süddeutschland gehenden Sonderzüge waren in Berlin in wenigen Stunden ausverkauft.

— **Zahlungsschwierigkeiten in der Schweiz.** Schon seit Jahresfrist spricht man auf dem deutschen Seesüfer von den zunehmenden Zahlungsschwierigkeiten in der Schweiz, deren wirtschaftliche Lage sich immer schlimmer gestalte, obgleich man glauben sollte, daß der große Unterschied zwischen der schweizerischen und der deutschen Saluta nur das Ergebnis einer großen wirtschaftlichen Ueberlegenheit der Schweiz sei. Jetzt hat die schweizerische Depositionsbank wegen Mangels an Flüssigkeit ihrer Zahlungsmittel die Zahlungen einstellen müssen, ohne direkt in Konkurs zu geraten. Seit April wurden Sanierungsversuche unternommen, die aber erfolglos blieben. Eine Gefährdung der Gläubiger scheint nicht vorzuliegen.

— **Necken.** Nach den Rosen haben als letzte echte Kinder des Sommers nun auch die Necken ihre Blüten erschlossen. Manche Blumenfreunde geben der Nektar mit ihrem stark würzigen Duft und ihrer schönen Farbe den Vorzug vor der Rose, daß das Neckenöl als Mittel gegen Raubwuch Verwendung findet und

zur Herstellung von Parfümerien und Vitreolen benötigt wird, ist nicht überall bekannt. Blühende Necken sind sogar ein deutscher Ausfuhrartikel. Große Neckenzüchtereien um Berlin liefern die Necken nach England. Die Blüten werden zu diesem Zweck in halbrothem Zustand geschnitten und dann regelrecht eingefalzen zum Versandt gebracht; bei der Ankunft werden die Blumen in klarem Wasser ausgewässert, so daß die Blüten ihre ursprüngliche Frische wieder erhalten.

Neuenbürg, 4. Juli. Am Samstag Abend erlitt der im Enztal weit und breit bekannte Rechtsanwalt Schleich von hier einen Schlaganfall, dessen Folgen eine Zungenlähmung war. Die Ärzte hoffen, ihn in Bälde wieder herzustellen, wenigstens soweit, daß er seine Sprache wieder erlangen kann.

Meine Gewerbesteuer, von Oberhard Strecker. Verlag Deibel & Spörer, Reutlingen. Preis 4 M. — Wenn auf irgend einem Gebiet des öffentlichen Rechts Aufklärung bitter nötig ist, so auf dem der Gewerbesteuer in Württemberg. Die Last, die heute auf jedem Inhaber oder Leiter eines Betriebes ruht, sei es Industrie, Handels- oder Handwerksbetrieb, macht es einfach zur Pflicht, einmal die Steuerentlastung seines Unternehmens nachzuprüfen. Dazu ist die vorliegende Schrift deshalb besonders geeignet, weil die Darstellung überaus klar und erschöpfend ist und überdies eine Reihe von Beispielen aus der Praxis die rechtliche Darstellung unterstützen. Im Anhang ist auch die württ. Grund- und Gebäudesteuer behandelt. — Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag.

Stimmen aus dem Publikum.

Ich frage hiemit an, warum das Schwimmbad an diesem Orte jetzt im Juli noch nicht aufgemacht ist? Kann ich Antwort auf diesem Wege bekommen? Die Allgemeinheit hat gewiß großes Interesse daran. K. E.



Morgen abend 6 Uhr

Beerdigung.

Zusammenkunft $\frac{3}{6}$ Uhr am Trauerhaus. Der Vorstand.

Sommersprossen!

alle Flecken i. Ges. beseitigt spurlos „Debuco-Creme“. Zu haben bei: Gebr. Schmit, Med.-Drog. i. Wildbad

Kurgast sucht für Juli

Zimmer

m. kleiner Klav.-Ben.

Offerte an d. Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Eine steile

Matraxe

hat zu verkaufen H. Stirner.

Nach

Frankfurt a. Main

wird zum 15. Juli od. spät. ein junges Mädchen, welches bürgerlich kochen kann und Früchte einzumachen versteht b. einer Familie v. 2 Personen gesucht. Hoh. Lohn, keine Abzüge, 2mal wöchentl. Ausgang, Frambahn u. bezahlt u. Reise nach Frankfurt wird vergütet. Offerte unter G. L. 152 an die Geschäftsstelle ds. Bl. erbeten.

Landes-Kurtheater

Direktion: Steng-Krauß.

Montag, den 4. Juli

„Luderchen“

Lustspiel in 3 Akten

Dienstag, den 5. Juli

„Dreimäderlhaus“

Operette in 3 Akten

Flaschenbier,

hell und dunkel,

empfehlen

Rennbachbrauerei.

Bestellungen auf

Seifenpulver

per Pfund M. 2.50 nimmt

entgegen Fr. Waidelich

Krankenhaus

Auto-Garage

oder dazu verwendbarer Raum für dauernd zu mieten gesucht.

Dir.-Ing. Tiepolt, Villa „Zeppelin“.



TÄGLICH VORSTELLUNG ERSTER KUNSTLER DIREKTION WILH. KULL

Für die Saison

empfehle mein sehr reichhaltiges Lager in la. braunen

Herren Damen Mädchen Kinder

Stiefel von Nr. 18 bis Nr. 46

Damenhalbschuhe. Ferner große Auswahl in Sandalen,

weiße und schwarze Leinenschuhe und

Stiefel in allen Größen, schwarze Kinder- u. Herren-

Stiefel von den einfachsten bis feinsten Werktags-

Ware in starker bester Ausführung. Hausschuhe

sowie alle anderen Artikel zu billigst. Tagespreisen.

Eigene Reparatur-Werkstätte.

Hermann Lutz, Hauptstraße 117.

Adolf Stern, Wildbad

Uhländstr. 44 beim Rathaus

Elegante Herrengarderobe nach Maß

Imprägnierte Mäntel

Gummimäntel für Herren und Damen

in allen Größen vorrätig.



Früh

eingetroffen:

Pyramiden-

Fliegen-

fänger

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-

mit Süß-